

Kinder als Hartz IV-Verlierer?

Grüne: Junge Menschen haben ihren eigenen Bedarf

„Hartz IV – Kinder brauchen mehr“ titelt ein Antrag der Grünen (Drs. 14/4330), der jetzt im Landtag diskutiert wurde. Die Fraktion mahnt darin an, dass die derzeitige Ausgestaltung der Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II und SGB XII den entwicklungsbedingten Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen nicht gerecht werde. Sie forderten die Landesregierung zur Nachbesserung auf. Minister Laumann (CDU) erklärte seine Bereitschaft, die finanziellen Hilfen für Kinder von Hartz IV-Empfängern überprüfen zu lassen.

Barbara Steffens (GRÜNE) kritisierte: Bei der SGB II-Gesetzgebung habe man es sich bei der Regelsatzhöhe für Kinder und Jugendliche zu leicht gemacht: Kinder bekämen einfach einen bestimmten Prozentsatz dessen, was ein Erwachsener erhält. Diese Regelung werde jedoch dem Bedarf von Kindern und Jugendlichen in keiner Weise gerecht. Der Kinder-Tagessatz für Essen und Trinken liege bei gerade einmal 2,65 Euro. „Davon kann man nicht einmal das Ganztagsessen in der Schule bezahlen.“ Gleiches gelte auch für die Pauschalen für Kleidung und Schuhe. Wachstumsbedingt sei der Bedarf bei Kindern hier viel höher als bei Erwachsenen. Sie forderte die Einsetzung einer unabhängigen Kommission, die speziell die Bedürfnisse der Kinder je nach Altersstufe analysiert und Instrumente findet, wie sie kontinuierlich angepasst werden können. Im Übergang müssten zudem gesetzliche Regelungen geschaffen werden, die die Gewährung von einmaligen Hilfen in Einzelfällen wieder erlaube.

Walter Kern (CDU) hielt fest: „Es darf nicht sein, dass man an der Adresse eines Kindes oder an seinem Glück, in eine bestimmte Familiensituation hineingeboren zu sein, die Lebensperspektive ablesen kann.“ Jedes vierte Kind in NRW lebe in einem einkommensschwachen Haushalt. Daraus dürfe man jedoch nicht den Schluss ziehen, dass einkommensschwache Eltern schlechte Eltern seien. „Das hat nichts miteinander zu tun“, so der Abgeordnete. Fest stehe hingegen, dass Erwerbstätigkeit ein wesentlicher Lösungsfaktor für das Problem der Kinderarmut ist. Kern: „Mehr Arbeitsplätze helfen den Familien, Eltern und Kindern mehr als jede staatliche Förderung.“ Die Landesregierung befinde sich mit ihrer Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik auf dem richtigen Weg, um Kinderarmut zu bekämpfen.

Heike Gebhard (SPD) gestand der Koalition zu, das Problem der Kinderarmut richtig erkannt zu haben, ohne jedoch die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Ihr Vorredner habe richtig darauf hingewiesen, dass Kinder, die in materieller Armut leben, sich oftmals auch in kultureller Armut sowie in sozial und gesundheitlich prekärer Situation befinden. Mit dem Kinderbildungsgesetz, der Sprachstandsfeststellung sowie dem Schulgesetz weise die Politik der Landesregierung jedoch in eine vollkommen falsche Richtung. „Sie erheben Ansprüche, Sie stellen Anforderungen auf, aber Ihre Politik bewirkt genau das Gegenteil“, so Gebhard. „Ihre Politik stellt nicht Wasser zum Löschen der Feuer bereit, nein, Sie gießen zusätzlich Öl hinein!“

Dr. Stefan Romberg (FDP) wertete Kinderarmut als ein Problem, das mit Priorität und über Fraktionsgrenzen hinweg angegangen werde müsse.

Dabei gehe es aber nicht allein darum, die Regelsätze zu erhöhen. Vielmehr sei es wichtig, die Startbedingungen der Kinder im Bildungssystem, in der Frühförderung und der Sprachförderung zu verbessern. Auch eine gesunde Ernährung sei nicht zwingend eine Geldfrage. „Es gibt einfache Mittel, auch mit preiswerten Lebensmitteln gesund zu leben“, so Romberg. Zusammenfassend sagte er: „Eigentliches Ziel muss für uns alle sein, zu verhindern, dass ein längerer Leistungsbezug im Rahmen von Hartz IV überhaupt erst erforderlich wird.“

Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) fand es fraglich, ob eine prozentuale Ableitung des Erwachsenenregelsatzes in jedem Punkt die Lebenswirklichkeit von Kindern trifft. Dies müsse nochmals einer fachlichen Prüfung unterzogen werden. Die Lebensvielfalt lasse sich nicht ausschließlich in Pauschalen abbilden. Behörden müssten stattdessen die Möglichkeit haben, in besonderen Fällen auch eine besondere Leistung zu gewähren. Eine generelle Anhebung der Regelsätze lehnte der Minister aber ab.

Elisabeth Veldhues (SPD) nannte die Überwindung von Kinderarmut eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Dies dürfe nicht länger als unabänderliche Tatsache hingenommen werden.

Bernhard Tenhumberg (CDU) sah in dem Antrag einen weiteren guten Anlass, um über die Situation von Kindern nachzudenken und festzustellen, was positiv läuft und was noch zu tun ist.

Sigrid Beer (GRÜNE) appellierte an den Minister: „Bitte mischen Sie sich in die Frage von Lehrmittelfreiheit, Schulessen und Klassenfahrten ein.“



Es geht ans Eingemachte – viele Hartz IV-Empfänger haben kaum Chancen, Rücklagen für Anschaffungen für Kinder oder außergewöhnliche Belastungen zu bilden, klagen die Grünen und fordern, dass die besonderen Belange junger Menschen vom Gesetzgeber stärker berücksichtigt werden.

Foto: Schälte